

Halleische Zeitung.

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 522.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Zweite Ausgabe

Wangengebühren für Halle und Magdeburg 2.50 Mk., für die Postbezirke 3 Mk., für die übrigen Bezirke 3.50 Mk. ...

Wangengebühren für die Postbezirke ...

Verlagsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 158; Nebelkellerei 1878. Verleger: Dr. Walter Grieben in Halle a. S.

Sonntag, 5. November 1911.

Verlagsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon 101 VI Nr. 16290. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Das Marokko- und Kongo-Abkommen.

Das Wolffsche Telegrammbureau meldet aus Berlin, den 4. November: Heute nachmittags 5 Uhr fand im auswärtigen Amt die Unterzeichnung des Marokko- und Kongoabkommens statt. Das für die französische Regierung bestimmte Vertragsformular wird heute abend nach Paris abgehen. Nach seinem Eintreffen belächelt werden die beiden Regierungen die gleichzeitige Veröffentlichung veranlassen.

Der Reichskanzler empfing Sonnabend abend nach der Unterzeichnung des deutsch-französischen Marokko-Abkommens den französischen Botschafter Cambon.

Den bereits in der letzten Nummer veröffentlichten telegraphischen Meldungen über die französischen Freisprechungen zum Abschluss des Abkommens über Marokko und das Kongo sind nun folgende nach den Mitteilungen des Wolffschen Telegrammbureaus hinzugefügt:

Im allgemeinen gelang die Begutachtung darüber zum Ausdruck, daß die langwierigen Verhandlungen endlich abgeschlossen sind. „Clair“ schreibt: Das französische Publikum wird mit Verdringung erfahren, daß das Abkommen nunmehr unterzeichnet worden ist. Darauf wird sich aber zweifellos die ganze Welt freuen. Bekanntlich sind die Verhandlungen mit dem Kaiserreich die Bedeutung des Abkommens für den Frieden betont.

„Appel“ führt aus: Wir sind vor allem darüber glücklich, daß die marokkanische Angelegenheit, die so lange einen Stein im Weg war, endlich zwischen beiden großen Mächten den Weg zu einer friedlichen Regelung gefunden hat. Der Kaiser hat für ein fruchtbares und dauerndes Einverständnis gebilligt. Gaurès schreibt in der „Gumani“: Das Wort an dem Vertrag ist, daß er zum mindesten auf einige Zeit der französisch-deutschen Spannung ein Ende macht. Er ist überhaupt nur eines wert, wenn er die Einleitung zu einer dauernden, stetigen Politik der Verständigung, des Einverständnisses und der Herzlichkeit zwischen Frankreich und Deutschland darstellt.

Die Regierung nachstehenden Wänter erklären, daß der Vertrag für Frankreich vorteilhaft sei und daß man den französischen Staatsmännern, die ihn unter so erschwerten Bedingungen abgeschlossen haben, Dank schulde. Andere Wänter kritisieren das Abkommen scharf, so „Solci“, der ausführt: Wir erhalten den Schatten, die anderen die Beute.

Ueber das Abkommen selbst schreibt „Clair“: Wir müssen geteilt haben, daß wir das Opfer, welches wir dem Weltfrieden gebracht haben, nur sehr schwer verkauen werden. Deshalb hat uns durch seine Vollziehung von 1904 jetzt gebracht, daß wir mit einem Marokko ohne Mustafa und Keren noch aufleben sein müssen. Wir haben die Haut, Deutschland behält sich das beste Stück vor, und der Rest gehört Europa. Ueberdies behält Deutschland nunmehr den notwendigen Trumpf in seiner Hand, um die Zukunft seines Imperiums zu sichern. Mit zwei Redaktionen ist Deutschland eine Macht ersten Ranges in Afrika geworden dank jenen „Einigkeit“, deren Bedeutung die französische Regierung zu überschätzen sucht. Wir haben da einen Haß gegen uns selber verurteilt.

„Welt“ bemerkt: Die Franzosen erwidern in dem Abkommen nur ein Verstecktes. Ihre Marokko- und Kongo-Abkommen sind zwar nicht mehr durch die internationalen Schwierigkeiten der letzten Jahre beeinträchtigt, aber wir sind durchaus nicht sicher, daß wir doch nicht auf wirtschaftlichen Gebiet ernstliche Verdrüssigkeiten mit Deutschland haben werden. Auch die Schicksalsbestimmungen am Kongo dürften zukünftig eine wichtige Rolle spielen zwischen Deutschland und Frankreich, während Deutschland, so meint das Blatt, bedeutet nur soviel an Wert und Dauer, als die Nation, die mit Berlin verhandelt, ihre Kräfte erhält und verneht. — Reichlich äußert sich das nationalistische „Echo de Paris“.

Die Wiener „Revue“ schreibt: Die große Bedeutung des Marokkoabkommens liegt in der Tatsache, daß Deutschland und Frankreich trotz aller störenden Einflüsse über eine der schwierigsten Fragen zu einigen vermochten. Österreich-Ungarn kann mit dem Ergebnis zufrieden sein. Jede Tatsache, die ein ruhiges Zusammenleben zwischen Deutschland und Frankreich ermöglicht, wird in Österreich-Ungarn mit Vergnügen aufgenommen. Schließlich schreibt die englische „Welt“ in der „Gazette“: Das Ergebnis des Abchlusses über das Marokko-Kongo-Abkommen geriet beiden Teilen zur Ehre, besonders v. Biberstein-Waldner und Cambon, die ihr Bestes taten, um ein erfolgreiches Resultat zu erzielen. Die Schwierigkeiten der Kaiser, der Reichskanzler und der Staatssekretär zu kämpfen hatten. Das Blatt betont, daß die englische Regierung alles getan habe, um Frankreich zu einer liberalen Konzeption zu ermuntern, vorausgesetzt, daß es wirklich freie Hand in Marokko erhalte, und daß die englische Regierung es auf das sorgfältigste vermeiden habe, Fragen englischer Interessen zu erheben, die die Verhandlungen erschweren könnten.

Auschau im Auslande.

So unendlich wie der Reueungsrummel mit der liberalen Ablogation bei uns verknüpft ist, so gehört in Amerika die Stimmungsmache gegen die Frust zum

eisernen Bestand jeder Präsidentschaftskampagne. Die Bekämpfung der Frusts war stets ein billiges Mittel zur Erlangung politischer Popularität und wurde daher von allen Kandidaten auf den Präsidentschaftsverfahren, aber bisher von keinem gehalten, auch von Roosevelt nicht. Besteres verstand es nur besser wie sein Nachfolger Taft, in dramatischer Rolle und geräuschvoller Rhetorik seine „Landeskinder“ für sich und seine Ideen einzunehmen. Denn trotz aller reifenhaften Versprechungen hat er den Frusts wenig anhaben können, oder — wollen. Im Gegensatz zu dieser wenig auch wenig eifrig, so doch gestählten Willst hat Präsident Taft niemals die Beugung beraten, seine Willst den Forderungen der Eltern bei der Waße, der seine liege Feberwert nicht beahgt, im Sinken ist. Klappern gehört nun einmal zu — liberaler Willst.

Wenn man der Aufrichtigkeit nachgebender englischer Präsidentschaften vertrauen darf, dann scheint der Wechsel im englischen Ministerium und die Berufung Winston Churchills tatsächlich als eine Willensänderung der englischen Regierung zu bewerten sein, mit Deutschland endlich eine dauernde Verständigung herbeizuführen. Churchill ist in der Tat auch der Mann, der — neben seiner Energie, Frindigkeit und Gabe, die ihn befähigt, die Leistungen der ganzen Verwaltung zu steigern, große Einschränkungen durchzusetzen, Geist und Vertrauen dem Dienst einzuführen, und Frusts zu vermeiden — infamde ist. Sir Edward Grey maßgebend zu beeinflussen. Auch nach unserer Auffassung ist es Zeit, daß die englische Aufrichtigkeit endlich der konservativen Parteien und fürchten Entstellungen müde wird, dann wird auch schnell mit der außerordentlichen Unwissenheit und mit den Vorurteilen der anderen Kreise aufgeräumt werden. Eine Unterteilung mit Deutschland ist für England von jedem Gesichtspunkte aus von größtem Interesse und jedenfalls vorkabenswürdig als ein Umzingelungssystem mit einer Abgabenerhöhung für Millionen von 12 Millionen in drei Jahren.

Der geäußert in der Presse beiführende Pulverfandal in Frankreich hat nun auch die „Ergebenen“ etwas Heiligkeit gemacht. Der Gedanke an einen Krieg erweist sich etwas Gruseln. Die Waffen sind, abgesehen von den neu-nationalistischen Wankeln, keineswegs so kriegerisch entlossen, wie es die Chamberlains gern hinstellen möchten. Sind doch im Juli, als die Sommerliche Gebeiter in Form blühender Ridelhauben an der Grenze aufstehen ließ, dieselben 23 erbeitere Franzosen fahnenflichtig geworden und 135 zum Dienst einberufene dabein „bei Müttern“ geblieben. Das demokratische Regiment wird auch mit diesen angastlichern Gestalten allmählich verfahren müssen, sonst würde die Unternehmung nach der Möglichkeit solcher Verformnisse Bilder zutage fördern, die Frankreich, seine Verwaltungsmisere und Vormachtentwürdigkeit dem Gelächter aller Welt preisgeben würde.

Der preussische Landwirtschaftsminister und der Frust.

Ein typisches Beispiel für die Art und Weise, wie auf freistimmiger Seite der politische Kampf geführt wird, bietet die Behandlung, die man im freistimmigen Lager dem preussischen Landwirtschaftsminister als seiner statistischen Darlegungen in der jüngsten Reueungsdebatte im Reichstage angeheben läßt. Der Abg. P a d n i c e hat den Luftstift dazu in seiner Reichstagsrede geliefert. Er glaubte, den Minister der „Geiterzeit“ der Handelswelt überliefern zu können, weil er angeblich in seiner Gegenüberstellung der Kartoffelpreise in Berlin und in Pommern für Pommern mit Zentnern, für Berlin mit Doppelzentnern gerechnet habe, und sprach von einem „höchstlichen statistischen Schmecker“, den der Minister sich habe aufschneiden kommen lassen. Den gleichen Vorwurf erhob er gegen Freiberger von Schorlemmer wegen seiner Darlegungen über die anseherndlich große Spannung zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen bei den Schweinen, die nach den Notierungen in den Berliner statistischen Marktstellen in diesem Jahre auf nicht weniger als 5 Mk. für den Doppelzentner gestiegen ist. Der liberale Abgeordnete und Schlichtermeister P o b e l t unterließ in seiner späteren Rede diesen Vorwurf noch durch eine in die Adresse des Landwirtschaftsministers gerichtete Grobheit, indem er unter dem Beifall seiner politischen Freunde — wenigstens dem Sinn nach — dem Minister riet, nicht über Dinge zu reden, die er nicht verstehe. Der Abg. Dr. W a d n i c e hatte schon vorher die laute Heiterkeit der Rinken des Reichstags auf seiner Seite gehabt, als er mit Bezug auf die Angaben des Ministers über die Schweinefleischpreise, die gemäß den Berliner Notierungen für die Hauptfleischsorten etwas Kopf und Weine“ aufgestellt waren. Freiberger von Schorlemmer fragte, ob er denn glaube, daß die Schweine

Auf diese „grundlegenden“ freistimmigen Ausführungen hat seither die linksliberale und sozialdemokratische Presse systematisch wiederholte Angriffe gegen den preussischen Landwirtschaftsminister aufgebracht. Das „Berliner Tage-

blatt“ wurde nicht müde, bei jeder Erwähnung des Freiherrn von Schorlemmer auf ihn hinzuweisen als den Mann, der „noch immer nicht“ seine „falschen und verheerenden Angaben“ über die Kartoffel- und Schweinefleischpreise richtig gestellt habe. Und das, obwohl der Minister schon in jenen Reichstagsverhandlungen den bündigen Nachweis für die Richtigkeit seiner Angaben erbracht und dem Abg. Dr. W a d n i c e gezeigt hatte, daß gerade er (Wadnische) bezüglich der Kartoffelpreise den „Schmecker“ begangen habe. Notierungen des Großhandels mit den Preisen des Detailhandels, von denen der Minister allein gebrochen hatte, zu verwechseln. Die freistimmige und die sozialdemokratische Presse liegen sich auch durch einen Hinweis darauf nicht im mindesten anfechten. Im Gegenteil. Sie erweiterten die Angriffe auf den preussischen Landwirtschaftsminister zu einem Angriffe auf die gesamte Reichsregierung und natürlich auch auf die „Agrarier“, die mit einer Bewußten und beabsichtigten Freileitung der öffentlichen Meinung arbeiten.

Jetzt hat sich der preussische Landwirtschaftsminister der Mühe unterzogen, nochmals an Hand unumstößlichen Materials die Unanfechtbarkeit seiner statistischen Angaben darzulegen und zu erklären. Wir fürchten, er wird auch damit beim „Berliner Tageblatt“ und der übrigen freistimmigen Presse, gar nicht zu reden von den sozialdemokratischen Blättern, seinen Erfolg erzielen. Wann hätte je diese Presse einen — sagen wir vorzüglich — „Jrrtum“ eingestanden, der ihr in den R a m p a t e? Diese freistimmige Kampfmethode ist der linksliberalen Presse schon in Paris und Wien übergegangen, und wo es sich gar um die Bekämpfung der Agrarier handelt, ist bei ihr an Ehrlichkeit überhaupt nicht zu denken. Für die freistimmige Presse wird der preussische Landwirtschaftsminister nach wie vor der „Mann mit den falschen statistischen Ziffern“ bleiben. Er wird sich ja darüber zu trösten wissen.

Ein russisches Urteil über die Kriegsbereitschaft Frankreichs.

In dem Septemberheft der russischen Zeitschrift „Russischer Schenker“, welche der frühere Vize-Minister und spätere literarische Korrespondent der Admetten, Peter Strum, herausgibt, findet sich ein sehr interessanter Brief eines russischen Korrespondenten über die französische Krone. Vorabemerkt ist, daß Peter Strum ein eifriger Anhänger der englandfreundlichen Politik Rasolski war und in einem aufsehenerregenden Artikel „Groß-Rußland“ seinerzeit ein Programm aufgestellt hatte, das ein Chauvinismus den Wänter der alten Panlawisten in nichts zurückstieß. So enthält auch die Einleitung des Briefes Ausfälle gegen das „alle Welt bedrohende kriegslustige Deutschland“, besonders aber gegen sein brutales Vorgehen gegen Frankreich.

Sei Frankreich nun zum Kriege mit Deutschland bereit oder nicht? Diese Frage erfüllt die öffentliche Meinung Frankreichs. Giechlich ist diese Frage schon längst im Verneinen den Sinne entschieden. Solche Eingetändnisse machte man aber niemals öffentlich, weil dies die Interessen des Landes wäre. Auch dürfte man dem Gegner nicht die Karten aufdecken. Scharf ergeben sich daher überzeugte Befürworter in ihren Reden vor der Öffentlichkeit in großherzigen Uebertreibungen, um die Güte der französischen Waffen zu retten. Aber dies geschieht nur für das Volk, offiziell und für das Ausland. In camera caritatis spreche man gar nicht davon. Im Vergleich zu den erstklassigen militärischen Hilfsmitteln Deutschlands erscheint die militärische Vorbereitung Frankreichs sehr schwach. Das traurige Bild der Flotte habe er schon in einem früheren Bericht gezeichnet. Wenn auch manches in der Flotte in den zwei letzten Jahren besser geworden sei, so seien doch für die Wiedereubert einer so umfassenden Organisation der Kriegsmarine zwei Jahre viel zu wenig. In der Arme e scheine auf den ersten Blick alles gut zu sein. Aber auch hier gäbe es Mängel, die ihre Kraft und Kampftüchtigkeit beträchtlich vermindern: die antimilitaristische Propaganda, Proleten und Büchlingswirtschaft im Offiziersstand. Namentlich aber die antimilitaristische Propaganda werde außerordentlich geschäftig geführt. Die Ranggriffe der französischen Krone seien den Deutschen in der Artillerie und den Keraplauen. Der Korrespondent bezweifelt dies; wenn Frankreich auch vollkommenere Geschütze hätte, würde dies doch der Spionage Deutschlands nicht unbekannt bleiben. Was aber die Munition betrifft, so sei deren Wert durch die großen bei der Verteilung begangenen Uebeln mehr als zweifelshaft. Wertwürdig ernt Stimme aber der Glaube an die Flugmaschinen. Aus dem Munde des Kriegsministers D e r t e a u z u hören, daß diese Flugmaschinen neue Angriffsmittel, neue, wirksame Kampfmittel seien, die Frankreich allein beherrische, wirke lächerlich. Schon die Mächtigkeit des Zielens auf einer solchen Idee, mit einem solchen Trumpf, sei genügen deutlich die ganz ungenügende Vorbereitung der Franzosen zu einem ersten militärischen Zusammenstoß mit Deutschland. Dazu werde die Gefahr tag-

lich größer, weil die Uebermacht der Zahl auf Seiten Deutschlands immer mehr wachse. Der Korrespondent sieht eine der Hauptursachen dieser Entwidlung in der Erschlaffung der Lebensenergie des französischen Volkes.

Zum italienisch-türkischen Kriege.

Italienische Werbung.
Der Freitag ist vor Tripolis ruhig verlaufen. Die Cholera soll unter den Türken und Arabern Verheerungen anrichten. Auch wird von glaubwürdiger Seite neuerlich das Gerücht weitergegeben, daß wiederum Uneinigkeit zwischen den Türken und Arabern ausgebrochen ist. Zwei Hauptleuten der Araber sind hier eingetroffen und haben genaue und wichtige Mitteilungen über die Organisation des Widerstandes der Stämme, über ihre Streitkräfte, Waffen, Munition, Lebensmittel und über die türkischen Offiziere, die sie führen, gemacht. Sie betätigen, daß die Cholera in den Reihen der regulären Truppen herrscht, und daß die Araber in großer Zahl von den Türken abfallen. Der Sohn des Schura-Bacha, Ibrahim-Bei, der als Offizier bei den Türken diente, ist von ihnen erschossen worden, weil er im Verdacht stand, mit seinem Vater in Beziehungen zu stehen. Es wurde ein Mann verhaftet, bei dem wichtige Papiere, unter anderem auch ein Plan von Tripolis und der Verteidigungslinien, vorgefunden wurden. Die Ausschiffung der Truppen geht weiter vor sich. Ein italienisches Kriegsschiff hat eine Erkundungsfahrt in das Gebiet der Suora gemacht und einige Schrapnells gegen die dort anwesenden türkischen Truppen und Araber abgefeuert. Solche Erkundungsfahrten werden wiederholt werden, um jede Möglichkeit der Kontorbände zu verhindern. Das Gerücht, am Freitag morgen habe ein Bajonetangriff stattgefunden, ist falsch. In Soms ist die Lage unverändert, in Benghazi und Derna alles ruhig.

Die letzten Meldungen.
Sonabend morgen feierten die türkischen Batterien vor Tripolis, die immer noch in gebetter Stellung bei Mesri liegen, einige Granaten ab. Die italienischen Batterien antworteten mit heftigem Feuer.

Freitag abend sind der deutsche Marine-attaché, der österreichisch-ungarische Militärattaché sowie die Marineattachés von Frankreich und Rußland an Bord des Dampfers „Me Vittoria“ abgereist, da sie ihre Mission für beendet betrachten.

Der türkische Großwesir hat angeordnet, daß die türkischen Beamten in Tripolis auf ihren Posten zu bleiben müssen, selbst wenn sie ihre Familien nach Konstantinopel senden.

Die Revolution in China.

Das Neuterische Bureau meldet aus Sanfan vom 2. November über Wuh: Die Feuersbrunst, die die Geheißer der Batterien der Kaiserlichen verursacht haben, wurde von heftigem Winde geschürt und breitete sich in der Richtung nach Hangang aus, das auch von den Flammen ergriffen wurde. Der Hauptber der Feuersbrunst hat eine Weile Front. Man berichtet, daß die Wesleyanische Mission zerstört ist. In den Gebäuden der Mission gehört auch eine Schule für 50 blinde Knaben, in der jetzt Verbote untergebracht sind. Berichte des roten Kreuz-Dampfers, die Anstaltsbewohner zu retten, wurden durch das Feuer der Batterien der Aufständischen verhindert, welches das Dach des Dampfers durchdröhrte. Die chinesische Mannschaf ließ ihre Posten im Stich und überließ es den Fremden mit Gewalt, das Schiff weiter zu führen. Es wurde aber bald unmöglich, zu der Mission vorzudringen. Als das Boot umkehrte, fanden die Gebäude zwar noch, die Lage war aber ansehnend gefahrlos.

Am Sonabend morgen fand ein Gefecht an dem Kiangnan-Arsenal in Shanghai statt. Es wurden dabei sechs Mann getötet und zehn verwundet, die meisten durch Dynamit, womit die Aufständischen die Tore sprengten, die die Kaiserlichen verteidigten, um die Flucht des Direktors Zhang zu decken. Die im Arsenal angestellten Fremden verblieben auf ihren Posten.

Deutsches Reich.

* Stapellauf vom Erich „Cormoran“. Sonabend nachmittag 1 1/2 Uhr fand auf der Werft der Aktiengesellschaft „Werft in Gröpeling bei Bremen der Stapellauf des geschützten kleinen Kreuzers Erich „Cormoran“ statt. Zuzugegen waren als Vertreter des Staatssekretärs des Reichsmarineamts Erziehungsvizeadmiral Hollmann mit Gefolge und als Vertreter der Kaufmann eine Deputation der Stadt Straßburg. Der Oberbürgermeister Gronow kaufte das Schiff auf den Namen „Straßburg“ und brachte darauf ein Hoch auf seine Majestät den Kaiser aus.

* Eine Schiffsverbindungs Hamburg-Danzig-Oberlauf. Wie man uns schreibt, ist von den Industriellen der Oberlauf ein Plan für eine regelmäßige Schiffsverbindungs zwischen Hamburg, Danzig, Stettin, bis nach Neisse auf Grund sachverständiger Gutachten entworfen worden. Die Handelskammer hat diesen Unternehmen auf Grund eingehender Prüfung eine Denkschrift gewidmet, mit der sich demnach die amtlichen Stellen und der preussische Landtag beschäftigen dürfte. Diese Schiffsverbindungsloht erreicht werden, durch eine Schiffbarmachung der Lausitzer Neisse, wodurch ein Schiffsverkehr in großer Form bis nach Schlefien hergestellt werden könnte. Der Plan ist für alle beteiligten Städte und Provinzen von großer Tragweite. Es wäre eine Kanalisierung der Neisse und die Anlage einer Reihe von Schleusen erforderlich, & zu den Reichstagswahlen schreibt die „Neue polif. Korr.“ folgendes: „Man hört vielfach die Behauptung, daß

die bevorstehenden Reichstagswahlen eine Verchiebung nach links bringen werden.“ Gest hat der Sache aber nicht den Grund. In welchen konservativen Momenten für diese Ansicht nicht bezeugt, es zeigt sich vielmehr, daß in der Hauptsache der Wunsch der Wähler des Oberlandes ist. Als sicher wird man wohl nur annehmen können, daß die Sozialdemokratie verliert aus der Wahl hervorzuheben wird. Das glänzende Resultat der Wahlen des Jahres 1907, das sie auf die Spitze ihrer Mandate — von 80 auf 40 — reduzierte, wird bei dem Weisheitsdien des Liberalismus wohl kaum aufrechterhalten werden. Aber auf wessen Kosten die mögliche Verfestigung der Sozialdemokratie erfolgen wird, steht sehr dahin. Man überieht vielfach, daß diesmal Konservativen, Zentrum und Freikonservative mit der Front gegen die Sozialdemokratie geschlossen zusammenstehen. Ihnen schließen sich die kleinen Parteien der Wirtschaftsreformer usw. an, und ein wenig auch nur kleiner Teil der Nationalliberalen wird auch heute noch trotz aller Großens schwerlich seine Tradition so vollständig verleugnen, um als Helfershelfer der roten Internationalen aufzutreten. Das Zentrum verliert während 6 Mandate, und in den Reihen der Konservativen herrscht eine Kampfesfreudigkeit, wie nie vordem. Teilnehmend losen hantelnden konservativen Schicksalstages herankommen beiseite über die entgegengesetzte Stimmung und die zahlreiche Anteilnahme aus allen Teilen der Provinz. Unter diesen Umständen ist es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß die bisherige Majorität des Reichstags mit geringen Abweichungen in das Parlament zurückkehrt, und daß der Liberalismus die Kosten des Wiederersterkens der Sozialdemokratie zu tragen hat.

* Zu den heftigen Landtagswahlen. Das Endergebnis der heftigen Landtagswahlen stellt sich wie folgt: Gemäßt sind vom Zentrum 6, Woblenbund 6, Sozialdemokraten 4, Nationalliberale 3, Fortschrittliche Volkspartei 2. Außerdem sind 12 Stimmwörter erforderlich.

* Der konservative Parteitag für Schlefien und die „Nationalliberale Korrespondenz“. In der „Konserv. Korr.“ lesen wir: Das die von einer frohen und komfomestimmten Stimmung getragene, hinsichtlich der Zahl und der Regenerierung der Teilnehmer geradezu überwälzende konservative Kundgebung in Breslau den Gegnern arg in den Augen und in die Gießer fahren würde, was zu erwarten und ist wohl auch die nicht unverständliche Wirkung jenes Tages. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ sagt: „Die wir in ihren Ausgaben fränkischer Vereinstätigkeit und in dem traurigen Sandwerk, Tag vor Tag die politischen Gegner zu vernünftigen, aus Gründen des guten Geschmacks nicht gern führen, hat sich sogar schmeimig ein „interessantes Stimmwörterbild“ aus Schlefien schreiben lassen. Darin werden allerhand phantastische Ziffern über die in letzter Zeit von den schlefischen Konservativen und Wählern angeblich aufgebracht sind, in unheimlichen angeführt und zugleich die Behauptung folvertiert, daß sie ein händiges Beamte, das zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete, nebst Berliner und sonstigen auswärtigen Rednern täglich landauf und landab für die konservative Sache bemüht sind, während die auf einmal so beschworenen Nationalliberalen sich mit einem einzigen Parteibeamteten für die ganze Provinz Schlefien begnügen. Wir können zu einem solchen „Stimmwörterbild“ nur sagen, daß wir aus vollem Herzen wünschen, es würde für unsere Kreise in Schlefien, wollen aber zugleich die Bemerkung nicht unterdrücken, daß nicht neben, sondern vielmehr über einwandig die konservative Beamte nötig sein würden, das Maß von Entstellungen, Verstellungen und Behauptungen zu überlegen, das der beschriebene einzige nationalliberale Beamte täglich landauf und landab zutage fördert! Den Parteitag in Breslau nennt der Stimmwörtermacher der „Nationalliberale Korrespondenz“ einen geschicktest inszenierten Theaterbühnen, die Teilnehmer verächtlich er nennt mit der Behauptung, sie hätten sich durch freie Einbahnfahrt, durch ermäßigte Straßenbahnfahrt und durch die Auskosten auf ein gutes Mittagessen mit Freibeier luden lassen. — Wie armelig muß es um die schlefischen Gründe der Politiker bestellt sein, die so solchen schlaglichen Mitteln greifen müssen, um eine Kundgebung nachträglich zu bekämpfen, die unangenehm genug für sie, von dem begehrtesten Gelübnis Lautend ertragen war, in Treue und Opfermut, in Einigkeit und Unermüdblichkeit dem kommenden entgegenzugehen. Da hilft wirklich kein hämliches Verdrängen, die Stimmung war echt, so etwas läßt sich nicht künstlich erzeugen. Die Zusammenkunft, die in Breslau Herrn v. Seydbrand umhulden, die Zusammenkunft, die in letzter Zeit an anderen, gleich grochartigen Tagungen ihre Treue und Unschuldigkeit bekundeten, verleben in ihm wirklich ihren Führer, wenn auch irgend ein Strichlein der Nationalliberalen Korrespondenz“ andauernd die politische Persönlichkeit des Herrn v. Seydbrand dadurch zu verfeinern sucht, daß er von ihm als einem Führer in Kanfessischen zu sprechen sich erdreistet.

* Zur Privatbeamtenversicherung. Die Reichstagskommission für die Privatbeamtenversicherung beschloß, die Versicherten in höherem Maße, als es der Entwurf vorsieht, an der Verwaltung der Kasse zu beteiligen. Schließlich wurde beschlossen, daß die freiwillige Versicherung auch Personen erlaubt wird, die bis zu 10 000 Mark Einkommen haben, sofern die Versicherung im ersten Jahre nach Inkrafttreten des Versicherungsgesetzes aufgenommen wurde. Der Rest des Gesetzes wurde im wesentlichen unverändert angenommen. Die zweite Lesung in der Kommission soll am 9. November beginnen.

* Die Ergänzungsteuer hat in den preussischen Staatshaushaltsetats der letzten beiden Jahre ganz beträchtliche Erhöhungen erfahren. Im Etat für 1910 steigerte sich ihr Betrag gegen das Vorjahr um 10 1/2 Millionen Mark. Sie waren eine Folge der Zuschläge, die im Mantelgesetz von 1909 bekanntlich nicht bloß für die Einkommen, sondern auch für die Ergänzungsteuer vorgegeben sind. Im Etat für 1911 war wieder

um gegen das Vorjahr eine Erhöhung und zwar um 5 1/2 Millionen Mark vorgezogen. Sie trübe sich auf der Vermählung der Einnahmen infolge der Veranlagung für die neue Periode 1911/13 auf. So ist es gekommen, daß während der Ansat für die Ergänzungsteuer im Etat für 1908 noch 44 Millionen Mark ausmachte, er sich in dem für 1911 auf 60 Millionen Mark stellte und sich somit in zwei Jahren um 16 Millionen Mark oder um nahezu 36 p. h. erhöht hat. Auf Steigerungen im Etat für 1912 wird man nicht rechnen dürfen. Der Zufolg, der im Etat für 1910 die Erhöhung bedingte, stellte eine einmalige, aber übergehende Maßnahme dar; der im Etat für 1911 war bedingte, stellte eine Veranlagung dar, die immer an der Quelle erfährt. Unerwartet der Veranlagungssteuer erhöht sich die Einnahme nicht. Folglich wird man aus der Ergänzungsteuer für 1912 keine Einnahmehöherungen, geschweige denn auch nur annähernd solche, wie sie in den beiden letzten Jahren den Etat zugute gekommen sind, zu erwarten haben.

* Neuer Wahlstimmwörter. Sozialdemokratie und Freiwilliche lagern gegen neues Material aus. Nachdem sie vorher aus dem Erlasse an die Regierungsverordnungen über die Notwendigkeit sachlicher Klärung gegenüber lügerischen Angriffen auf die Regierung Offiziell zu laugen getrachtet hatten, um ihnen den Wählern einzuflößen, ist jetzt die Mähre der preussischen Wahlrechtsreformer. Auf Grund völlig ungelauibiger und ungelauibter Angaben eines sozialdemokratischen Mattes und neuer Regierungspläne zur Aenderung des preussischen Wahlrechts werden der Regierung Absichten untergeschoben und diese Absichten so zugewetzt, daß den Wählern, die auf die sozialdemokratisch-freiwilliche Ges- und Sturm-Propaganda abgerichtet sind, ganz grüßlich zu Mute werden muß. Das Berliner Großblod-organ begnügt sich vor der Hand, das neue Projekt, das vermutlich überhaupt nicht existiert, als „autreudend“ zu bewerten, obwohl es in demselben Aemtegen meint, etwas genaueres darüber dürfe die Öffentlichkeit erst nach den Reichstagswahlen hören. Kräftiger Töne schlägt die Sozialdemokratie an. Sie weiß zwar, daß ihr über die Wahlrechtsreformendungen der Regierung nicht im mindesten etwas Positives, Zutreffendes bekannt ist, das hindert sie aber keineswegs, die lächerlichen, volksfeindlichen Wahlrechtspläne rechtzeitig aufzudecken. Auf der ersten Grundlage groben Schwindels, bemutet Unwahrscheinlichkeit die sozialdemokratische Presse jene abgedroschenen Gemeinplätze aus, die für den Sturm auf das preussische Wahlrecht zumalengelogen worden sind. Das einzige Neue dabei ist die Aufzählung auf den 12. Januar. Der Reichstagsler ist jetzt nicht mehr bloß „der Beschüßter des Brotwuchereris und der Organisator der Präsektamenten“, sondern auch noch „der Staatsmann der Volksvertretung“. Zur Wahllozung: „Wieder mit der Volksausblünderung!“ gestellt die neue: „Nieder mit den Entschreibern der breiten Massen!“ Die Hauptfische ist: mit dem Reichskanzler muß an Wahltag „Praktik geredet werden“; oder „Die Wähler werden von der Regierung des Lebensmitteldrunders und der Wahlentredung bei der Reichstagswahl den nötigen Denkfaltel geben“. Bis zum 12. Januar bleiben für die Wahlbereiter noch 10 Wochen: Wieviel Segensfüllen werden die sozialdemokratisch-freiwillichen Segenossen in dieser langen Zeit noch zusammenzwindeln und ihren Wählern einflößen!

* Die Zahlstellen der sozialdemokratischen Gewerkschaften... politische Vereine. Wie mitgeteilt wird, hat das Oberverwaltungsgericht eine bemerkenswerte Entscheidung über die Zahlstellen der sozialdemokratischen Gewerkschaften gefaßt und dabei ausgeprochen, daß es als politische Vereine anzusehen sind. Die Zahlstelle des sozialdemokratischen Zimmerverbandes wurde von der Polizei aufgehoben, nach § 8 des Vereinsgesetzes die Satzungen des Vereins und die Zusammenlegung des Vorstandes anzuzeigen. Der Vorsitzende der Zahlstelle klagte im Verwaltungsverfahren beim Oberverwaltungsgericht. Das Oberverwaltungsgericht meinte aber keine Klage ab, indem es ausführt, daß die Zahlstelle eine eigene Verwaltungstätigkeit, einen eigenen Vorstand, Kassierer usw. habe. Außerdem verfügen die Zahlstellen nicht nur über Beiträge für den Gesamtverband, sondern auch über eigene Mittel. Ferner könne jede Zahlstelle sogar Streiks und Auspierungen an sich eigener Machtvollkommenheit anstellen. Da die Zahlstellen des Arbeiter in ihren Beziehungen politische Gegenstände wie Reichstagsaufzählung, Kolonialpolitik, Steuergefeße, Oimarken-Politik, Konfessionsrecht und anderes behandeln, so sei es klar, daß es sich nicht nur um Vereine, sondern auch um politische Vereine handle. Die Polizei ist demgemäß berechtigt, die Zahlstelle als politischen Verein anzusehen und sie nach den Satzungen des Vereinsgesetzes zu behandeln.

Ausland.

* Neue Royalistenunruhen in Portugal. Die Royalisten sich jetzt wieder intensiver betätigen. In verschiedenen Orten an der Westküste zahlreiche Versammlungen vorgenommen worden. In Ovar im Bezirk Aveiro wurde auf Grund einer anonymen Anzeige ein Hausbesuch veranlaßt. Er war beschuldigt worden, den Royalisten Unterschlupf gewährt zu haben. Bei einer Untersuchung, die in seinem Hause vorgenommen wurde, entdeckte man in einem umfangreichen Kellergefäße unter seinem Namen eine große Menge Briefen neuester Konfession und andere Mutation. Ein Gefändnis über die Herkunft des Materials hat der Beschäftigte noch nicht abgelegt. Im Anschluß an diese Affäre wurden allein in Ovar 50 weitere Versammlungen vorgenommen.

Vermischtes.

* Neuerungen im Schreibeunterricht. In der Schulverwaltung widmet seit geraumer Zeit der Pflege der Handschrift in den Schulen besondere Aufmerksamkeit, auch an den höheren Lehranstalten, wie schon daraus hervorgeht, daß an allen Schulen bis zum Bescheidungszeitpunkt der Handföhrer in der Handföhrer wird. Man ist aber mit den Ergebnissen der bisherigen Methode nicht mehr zufrieden, und auf Veranlassung des Kultusministeriums soll daher ein neues System des Schreibeunterrichts in Anwendung gebracht werden, wie uns im folgenden berichtet wird: Es läßt sich nicht in Worte fassen, daß die bisherige Methode Erfolg gehabt befragend ist, in man gleich in allen Klassen eine anbauende Verschönerung der Handschrift feststellen zu müssen. Den Grund dafür will man in der Art unseres Schreibeunterrichts sehen, der ohne Rücksicht auf die persönliche Veranlagung des einzelnen eine gleichmäßige Art der Schriftzüge von allen Schülern verlangt. Da aber in den meisten

Degea

Unser bester Glückkörper
ist nur echt in Originalpackung
mit Aufschrift „Degea“

Überall erhältlich.
Auergeellschaft
Berlin O. 17

Die Aktien in Umlaufvermögen des Zinsfußes... 1. März 1917... 2. März 1917... 3. März 1917...

Berliner Börse, 7. Nov. 1917

Umsatzsumme: 1 Fr. 100.000... 2 Fr. 100.000... 3 Fr. 100.000... 4 Fr. 100.000...

Main table of stock prices and market data, organized into columns for various sectors like 'Umlaufvermögen', 'Banken', 'Industrie', 'Immobilien', etc.

Erklärungen zum Kurszettel... Die Kurszettel sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet... Von den Obligationen sind mit 100, 102, 103, 104 oder 105 bezeichnet...

